



Offenlegungsbericht der Sparkasse Mecklenburg – Schwerin

Offenlegung nach § 26a KWG zum 31. Dezember 2013

und

**Offenlegung nach § 7 Instituts-Vergütungsverordnung
(Vergütungsbericht)**



Inhaltsverzeichnis

0	Abkürzungsverzeichnis	3
1	Einleitung	4
2	Risikomanagement (§ 322 SolvV)	4
3	Anwendungsbereich (§ 323 SolvV)	4
4	Eigenmittelstruktur (§ 324 SolvV)	4
5	Angemessenheit der Eigenmittel (§ 325 SolvV)	5
6	Adressenausfallrisiko Allgemein (§ 327 SolvV)	6
6.1	Bruttokreditvolumen nach risikotragenden Instrumenten und geografischen Hauptgebieten	7
6.2	Hauptbranchen und Restlaufzeiten nach kreditrisikotragenden Instrumenten	7
6.3	Definition „in Verzug“ und „notleidend“ (§ 327 Abs. 1 Nr. 1 SolvV)	9
6.4	Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche	9
6.5	Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptgebiet	10
6.6	Bildung und Entwicklung der Risikovorsorge (§ 327 Abs. 1 Nr. 2 SolvV)	10
7	Adressenausfallrisiko KSA (§ 328 SolvV)	11
8	Adressenausfallrisiko Beteiligungen (§ 332 SolvV)	13
9	Adressenausfallrisiko Verbriefungen (§ 334 SolvV)	14
10	Kreditrisikominderungstechniken (§ 336 SolvV)	14
11	Marktrisiko (§ 330 SolvV)	16
12	Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene (§ 333 SolvV)	16
13	Operationelles Risiko (§ 331 SolvV)	17
14	Derivative Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen (§ 326 SolvV)	17
15	Information zum Vergütungssystem nach § 7 Instituts-Vergütungsverordnung (Vergütungsbericht)	17
15.1	Qualitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 InstitutsVergV	17
15.2	Quantitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 InstitutsVergV	19



0 Abkürzungsverzeichnis

a. F.	Alte Fassung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
EWB	Einzelwertberichtigung
HGB	Handelsgesetzbuch
InstitutsVergV	Instituts-Vergütungsverordnung
KSA	Kreditrisiko-Standardansatz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
pEWB	Pauschalierte Einzelwertberichtigung
PWB	Pauschalwertberichtigungen
SolvV	Solvabilitätsverordnung

Hinweis

Die Tabellen enthalten auf TEUR gerundete Beträge, so dass es bei der Zusammenrechnung der Werte einzelner Spalten bei der Gesamtsumme zu Rundungsdifferenzen kommen kann.

1 Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht setzt die Sparkasse Mecklenburg – Schwerin die Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolvV in Verbindung mit § 26a KWG um. Im Offenlegungsbericht wurden neben Werten aus dem festgestellten handelsrechtlichen Jahresabschluss auch Meldedaten per 31. Dezember 2013 verwendet.

In Kapitel 15 werden Informationen zu Vergütungssystemen (§ 7 InstitutsVergV) dargestellt.

Der Offenlegungsbericht mit dem darin enthaltenen Vergütungsbericht wird auf der Internetseite der Sparkasse (www.spk-m-sn.de/Offenlegung) veröffentlicht.

2 Risikomanagement (§ 322 SolvV)

Die Informationen zum Risikomanagement sind im Lagebericht nach § 289 HGB unter Gliederungspunkt „Chancen- und Risikobericht“ offen gelegt.

3 Anwendungsbereich (§ 323 SolvV)

Die Offenlegung gem. SolvV erfolgt auf Einzelinstitutsebene.

4 Eigenmittelstruktur (§ 324 SolvV)

Per 31.12.2013 betrug das modifizierte verfügbare Eigenkapital der Sparkasse bestehend aus Kern- und Ergänzungskapital 134.431 TEUR. Das Kernkapital besteht im Wesentlichen aus der Sicherheitsrücklage in Höhe von 110.226 TEUR.

Weiterhin zählt der Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 16.300 TEUR zum Kernkapital.

Das Ergänzungskapital der Sparkasse besteht aus Vorsorgereserven nach § 340f HGB.

Die im Folgenden dargestellten Eigenmittelinstrumente stellen die aufsichtliche Betrachtung dar, so dass es zu Differenzen im Vergleich zum festgestellten HGB-Jahresabschluss kommen kann.

Modifiziertes verfügbares Eigenkapital zum 31.12.2013	TEUR
Kernkapital nach § 10 Abs. 2a KWG	124.901
davon offene Rücklagen (Sicherheitsrücklage)	110.226
davon Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	16.300
davon Abzugspositionen nach § 10 Abs. 2a Satz 2 Nr. 2 KWG	500
davon Abzugspositionen nach § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 5 KWG	1.125
davon Abzugspositionen nach § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 6 KWG	-
dar.: Wertberichtigungsfehlbeträge und erwartete Verlustbeträge nach § 10 Abs. 6a Nr. 1 und 2 KWG	-
+ Ergänzungskapital nach § 10 Abs. 2b KWG	9.530
davon Abzugspositionen gemäß § 10 Abs. 2b Satz 2 KWG	1.124
davon Beteiligungen gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 5 KWG	1.124
davon Forderungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechten gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 6 KWG	-
= Modifiziertes verfügbares Eigenkapital nach § 10 Abs. 1d Satz 1 KWG und der anrechenbaren Drittrangmittel nach § 10 Abs. 2c KWG	134.431

5 Angemessenheit der Eigenmittel (§ 325 SolvV)

Die Angemessenheit der Eigenmittel der Sparkasse richtet sich nach den Vorschriften der Solvabilitätsverordnung.

Die Unterlegung des Adressenausfallrisikos erfolgt nach der Methodik des Kreditrisikostandardansatzes. Für sämtliche Marktrisiken werden die aufsichtsrechtlichen Standardmethoden angewendet. Der Unterlegungsbetrag für das operationelle Risiko wird nach dem Basisindikatoransatz ermittelt.

Unser Risikotragfähigkeitskonzept ist so angelegt, dass die regulatorischen Eigenmittelanforderungen gemäß der Solvabilitätsverordnung auch bei vollständiger und gleichzeitiger Inanspruchnahme aller GuV-Risikolimits eingehalten werden. Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht nach § 289 HGB unter dem Gliederungspunkt „Chancen- und Risikobericht“.

Kapitalanforderungen nach dem Kreditrisikostandardansatz

Risikopositionen	Eigenkapitalanforderung TEUR
Kreditrisiko	
Sonstige öffentliche Stellen	60
Institute	170
Gedekte Schuldverschreibungen KI	1.380
Unternehmen	16.420
Mengengeschäft	21.713
durch Immobilien besicherte Positionen	11.598
Investmentanteile	1.455
Sonstige Positionen	2.087
Überfällige Positionen	3.005
Risiken aus Beteiligungswerten	
Beteiligungswerte	1.985
Operationelle Risiken	
Basisindikatoransatz	9.542
Eigenkapitalanforderung insgesamt	69.415

Eigenkapitalquote

Unsere Gesamtkapitalquote betrug 15,49 %, unsere Kernkapitalquote 14,39 %.

6 Adressenausfallrisiko Allgemein (§ 327 SolvV)

Die nachfolgenden Übersichten enthalten den Gesamtbetrag der Forderungen, jeweils aufgeschlüsselt nach den Forderungsklassen zum Offenlegungstichtag.

Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten vor Kreditrisikominderung ausgewiesen.

Die nachfolgenden Übersichten wurden ausgehend von den Bilanzwerten des Jahresabschlusses, die einem Adressenausfallrisiko unterliegen, erstellt (§ 19 Abs. 1 KWG). Nicht enthalten sind Beteiligungen und Aktien (ohne offene Zusagen), für die innerhalb dieses Berichtes eigene Offenlegungsanforderungen bestehen sowie anteilige Zinsen, widerrufliche Zusagen, Wertberichtigungen und Vorsorgereserven.

6.1 Bruttokreditvolumen nach risikotragenden Instrumenten und geografischen Hauptgebieten

Da die Beträge am Offenlegungstichtag nicht wesentlich von den Durchschnittsbeständen abweichen, konnte auf eine Darstellung der Durchschnittsbeträge verzichtet werden.

Bruttokreditvolumen in TEUR			
	Kredite, Zusagen u. and. nicht-derivative außerbil. Aktiva	Wertpapiere	Derivative Instrumente
Gesamtbetrag	1.257.527	579.130	0
Verteilung nach bedeutenden Regionen			
Inland	1.255.797	559.954	0
Europa ohne BRD	1.618	19.176	-
Andere Gebiete	112	-	-

6.2 Restlaufzeiten und Hauptbranchen nach kreditrisikotragenden Instrumenten

nach Restlaufzeiten

Restlaufzeiten Angaben in TEUR	Kredite, Zusagen u. and. nichtderivative außerbil. Aktiva	Wertpapiere	Derivative Instrumente
bis 3 Mon.	155.608	9.975	-
3 Mon. bis 1 Jahr	104.179	92.832	-
1 bis 5 Jahre	213.533	259.505	-
>5 Jahre u. unbest. RLZ	784.207	216.818	-
Gesamt	1.257.527	579.130	-



nach Hauptbranchen

Hauptbranchen nach kreditrisikotragenden Instrumenten Angaben in TEUR	Kredite, Zusagen u. and. nichtderi- vative außerbil. Aktiva	Wertpapiere	Derivative Instru- mente
Baugewerbe	62.659	-	-
Beteiligungsgesellschaften	768	-	-
Chemische Industrie	276	-	-
Energie und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau	21.999	-	-
Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	10.212	-	-
Finanzierungsinstitutionen u. Versicherungen	7.638	-	-
Gastgewerbe	18.618	-	-
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen	21.325	-	-
Glasgewerbe	654	-	-
Handel, Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	41.007	-	-
Herstellung v. Gummi und Kunststoffwaren	2.216	-	-
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	2.229	-	-
Holzgewerbe, Papier- u. Druckgewerbe, Herstellung v. Möbeln u. sonst. Waren	5.837	-	-
Information u. Kommunikation, Erbringung v. wirtsch. Dienstleis- tungen	37.778	-	-
Land- und Forstwirtschaft	6.291	-	-
Maschinenbau, Fahrzeugbau, Reparatur u. Installation	11.891	-	-
Metallerzeugung und -bearbeitung	14.891	-	-
sonst. Dienstleistungen	15.657	-	-
sonst. Grundstückswesen	45.905	-	-
Textil- u. Bekleidungsgewerbe, Ledergewerbe	514	-	-
Verkehr u. Lagerei, Nachrichtenübermittlung	8.954	-	-
Vermietung beweglicher Sachen	2.314	-	-
Wohnungsunternehmen	140.791	-	-
Investmentfonds	-	18.897	-
Summe incl. Selbstständige und Unternehmen	480.424	18.897	-
Inl. wirtschaftlich unselbstständige natürliche Personen	607.411	-	-
Inl. Kreditinstitute	82.949	174.090	-
Inl. öffentliche Haushalte	77.621	366.967	-
Inl. Organisationen ohne Erwerbszweck	7.391	-	-
Ausl. Selbstständige und Unternehmen	501	4.225	-
Ausl. wirtschaftlich unselbstständige natürliche Personen	1.229	-	-
Ausl. Kreditinstitute	-	14.951	-
Ausl. öffentliche Haushalte	-	-	-
Gesamt	1.257.527	579.130	-

6.3 Definition „in Verzug“ und „notleidend“ (§ 327 Abs. 1 Nr. 1 SolvV)

Forderungen werden im Rahmen der SolvV und der Rechnungslegung als „in Verzug“ klassifiziert, wenn diese mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage überfällig sind. Der Verzug wird dabei kundenbezogen (§ 125 Abs. 1 Nr. 2 SolvV) ermittelt. Darüber hinaus werden auch Ausfallaspekte i. S. v. § 125 Abs. 1 Nr. 1 SolvV berücksichtigt. Für notleidende Forderungen in Höhe von 17.780 TEUR besteht insbesondere im Hinblick auf die gestellten Sicherheiten oder wegen individueller Rückzahlungsvereinbarungen kein Wertberichtigungsbedarf.

Die Einstufung von Forderungen als „notleidend“ orientiert sich an den Kriterien zur Bildung von Risikovorsorge.

6.4 Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche

Hauptbranchen nach risikotragenden Instrumenten Angaben in TEUR	Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden Krediten	Bestand EWB zzgl. pEWB	Bestand PWB	Bestand Rückstellungen	Nettozuführg./Auflösung von EWB zzgl. pEWB / Rückstellungen	Direktabschreibungen	Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	Kredite in Verzug
Baugewerbe	3.354	1.742		-	55			966
Beteiligungsgesellschaften	431	42		272	10			-
Chemische Industrie	-	-		-	-			-
Energie und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau	-	-		-	-			42
Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	798	254		8	60			171
Finanzierungsinstitutionen u. Versicherungen	284	124		-	70			3
Gastgewerbe	3.348	1.522		-	780			249
Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen	348	256		-	44			3
Glasgewerbe	210	158		-	7			-
Handel, Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	2.699	1.585		11	85			945
Herstellung v. Gummi und Kunststoffwaren	-	-		-	-			-
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	4	2		-	0			0
Holzgewerbe, Papier- u. Druckgewerbe, Herstellung v. Möbeln u. sonst. Waren	27	6		-	5			93
Information u. Kommunikation, Erbringung v. wirtsch. Dienstleistungen	1.235	602		-	272			100
Land- und Forstwirtschaft	484	263		-	2			312
Maschinenbau, Fahrzeugbau, Reparatur u. Installation	39	15		-	5			129
Metallerzeugung und -bearbeitung	356	263		-	377			44
sonst. Dienstleistungen	522	426		-	138			77
sonst. Grundstückswesen	3.109	1.139		-	466			538
Textil- u. Bekleidungsgewerbe, Ledergewerbe	5	5		-	1			-
Verkehr u. Lagerei, Nachrichtenübermittlung	1.530	718		90	249			557
Vermietung beweglicher Sachen	398	359		-	19			-
Wohnungsunternehmen	3.600	1.952		-	254			2.759
Investmentfonds	-	-		-	-			-
Summe inl. Selbstständige und Unternehmen	22.782	11.433		381	1.927			6.988
Inl. wirtschaftlich unselbstständige natürliche Personen	15.855	9.111		-	1.894			2.856
Inl. Kreditinstitute	-	-		-	-			-
Inl. öffentliche Haushalte	-	-		-	-			-
inl. Organisationen ohne Erwerbszweck	-	-		-	-			-
Ausl. Selbstständige und Unternehmen	-	-		-	-			-
Ausl. wirtschaftlich unselbstständige natürliche Personen	313	244		-	36			3
Ausl. Kreditinstitute	-	-		-	-			-
Ausl. öffentliche Haushalte	-	-		-	-			-
Gesamt	38.949	20.788	2.818	381	3.785	497	518	9.847

6.5 Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptgebiet

Hauptgebiet Angaben in TEUR	Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden Krediten	Bestand EWB zzgl. pEWB	Bestand PWB	Bestand Rückstellungen	Nettozuführung/Auflösung von EWB zzgl. pEWB/ Rückstellungen	Direktabschreibungen	Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	Kredite in Verzug
Inland	38.636	20.544		381	3.821			9.845
Europa ohne BRD	313	244		-	- 36			2
Andere Gebiete	0	-		-	-			-
Gesamt	38.949	20.788	2.818	381	3.785	497	518	9.847

6.6 Bildung und Entwicklung der Risikovorsorge (§ 327 Abs. 1 Nr. 2 SolvV)

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen.

Im Rahmen der handelsrechtlichen Bewertung zum Jahresabschluss wurde dem akuten Ausfallrisiko durch Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Für die Bewertung des bestehenden Ausfallrisikos für kleinstvolumige Forderungen bis 5.000 EUR wurden pauschalisierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Auf den latent gefährdeten Forderungsbestand wurden angemessene Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt, basierend auf den Erfahrungswerten der Vergangenheit. Soweit die Gründe für eine Wertberichtigung nicht mehr bestehen, sind Zuschreibungen (Wertaufholungen) bis zu den Zeit- bzw. Nominalwerten vorgenommen worden.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Soweit uns Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden Risikovorsorge orientiert sich zum einen an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Notwendige Bewertungsmaßnahmen mit einer voraussichtlichen Höhe ab 25.000 EUR werden unterjährig erfasst und in die Risikovorsorgeplanung einbezogen.

Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch erwartet werden.

Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Vorschlag kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und ggf. daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse

se des Kreditnehmers, die eine Kapitaldienstfähigkeit erkennen lassen oder bei einer zweifelsfreien Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten, erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge.

Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt bei der Sparkasse in dem zentralen System ABIT Recht.net der ABIT AG.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgen für allgemeine Bankrisiken nach § 26a KWG a. F. sowie nach § 340f HGB und § 340g HGB.

In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt.

Die nachfolgende Übersicht stellt die Entwicklung der Risikovorsorge auf Basis der Daten für die Rechnungslegung dar:

Entwicklung der Risikovorsorge Angaben in TEUR	Anfangsbestand der Periode	Fortschreibung in der Periode	Auflösung	Verbrauch	wechselkursbedingte u. sonstige Veränderungen	Endbestand der Periode
EWB zzgl. pEWB	19.497	7.041	3.231	2.519	-	20.788
Rückstellungen	406	8	33	-	-	381
PWB	3.398	-	580	-	-	2.818

7 Adressenausfallrisiko Kreditrisikostandardansatz (§ 328 SolvV)

Nachfolgende Tabelle beinhaltet die jeweilige Summe der Positionswerte, die einem festen aufsichtsrechtlichen Risikogewicht zugeordnet sind. Dabei erfolgt die Darstellung der Positionswerte vor und nach Einbeziehung von Kreditrisikominderungseffekten aus Sicherheiten, durch die es zu Verschiebungen zwischen den Risikogewichtsklassen kommt. Datengrundlage sind die Werte zum Meldestichtag 31.12.2013.

Risikogewicht in %	Gesamtsumme der ausstehenden Forderungsbeträge (Standardansatz in TEUR)	
	vor Kreditrisikominderung	nach Kreditrisikominderung
0	600.533	644.915
10	95.869	95.869
20	3.517	14.395
35	414.209	416.648
50	15.503	15.503
70	-	14.852
75	391.705	361.876
90	-	-
98	18.935	18.935
100	291.959	252.339
115	-	-
150	23.120	20.018
190	-	-
200	-	-
250	-	-
290	-	-
370	-	-
1250	-	-
Gesamt	1.855.350	1.855.350
Kapitalabzug	2.749	2.749

Nominierte Agenturen (§ 328 Abs. 1 Nr. 1 SolvV):

Die Sparkasse ermittelt die Eigenkapitalanforderungen im Kreditrisiko-Standardansatz der Forderungskategorien „Staaten“ (hierzu zählen auch Kreditinstitute und von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen) und „Unternehmen“ anhand der Bonitätsbeurteilungen der Ratingagenturen Standard & Poor’s Rating Services und Moody’s Investors Service. Für Investmentanteile greift die Sparkasse auf die Angaben der Kapitalanlagegesellschaften zurück.

Für die übrigen Forderungsklassen wurden keine externen Ratingagenturen nominiert.

Prozessbeschreibung Ratingübertragung (§ 328 Abs. 1 Nr. 3 SolvV):

Die Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen erfolgt für diese Forderungsklassen auf Grundlage der Bonitätsbeurteilungen der nominierten Ratingagenturen (externe Ratings).

Grundsätzlich wird jeder Emission ein externes Rating zugeordnet. Existiert für eine Forderung kein Emissionsrating, wird geprüft, ob das Rating anderer Emissionen des Schuldners gemäß § 45 SolvV auf die Forderung übertragen werden kann. Ist dies nicht möglich, wird auf ein ggf. vorhandenes externes Rating des Schuldners abgestellt (Emittentenrating). Ansonsten werden die Forderungen im Rahmen der Eigenmittelanforderungen mit pauschalen Anrechnungssätzen berücksichtigt. Die beschriebene Verfahrensweise wird programmtechnisch unterstützt.

8 Adressenausfallrisiko Beteiligungen (§ 332 SolvV)

Die Sparkasse unterscheidet bei ihren Beteiligungen grundsätzlich in Verbundbeteiligungen, sonstige Beteiligungen (außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe) und Kapitalbeteiligungen.

Unter Verbundbeteiligungen sind alle Beteiligungen an Verbundunternehmen zu verstehen. Sonstige Beteiligungen erfolgen aus geschäftspolitischen Gründen. Sie werden nur in Ausnahmefällen eingegangen.

Der überwiegende Anteil der bestehenden Beteiligungen der Sparkasse, sowohl direkte als auch indirekte Beteiligungen, wurde aufgrund langfristiger strategischer Überlegungen eingegangen, um den Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe zu stärken oder eine Zusammenarbeit mit den einzelnen Institutionen in der Region zu ermöglichen. Sie dienen letztlich der Erfüllung des öffentlichen Auftrages durch den Gesetzgeber sowie der Förderung des Sparkassenwesens. Eine Gewinnerzielung steht somit nicht im Vordergrund.

Zur Nutzung von Chancen an den Aktienmärkten hält die Sparkasse Kapitalbeteiligungen. Dabei ergibt sich der beizulegende Fair Value bei den börsennotierten Beteiligungen aus dem anhand eines vereinfachten Substanzwertverfahrens ermittelten niedrigeren beizulegenden Wert. Für weitere Informationen zur Bewertung von börsennotierten Beteiligungen wird auf die Ausführungen unter Abschnitt „Wertpapiere“ im Anhang verwiesen.

Die Bewertung der nicht börsennotierten Beteiligungen erfolgt zu Anschaffungskosten gem. HGB. Dauerhafte Wertminderungen auf Beteiligungen werden abgeschrieben und Zuschreibungen sind bis zur Höhe der Anschaffungskosten möglich. Für die Bewertung der nicht börsennotierten Aktien wurde der von der Aktiengesellschaft mitgeteilte und durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigte Nettoinventarwert herangezogen.

Realisierte Gewinne oder Verluste aus dem Verkauf bzw. aus der Abwicklung von Beteiligungen waren in 2013 in unwesentlicher Höhe zu verzeichnen.

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten Angaben in TEUR	Buchwert	beizulegender Wert (fair value)	Börsenwert
Verbundbeteiligungen	15.501	15.501	-
Sonstige Beteiligungen	11	11	-
Kapitalbeteiligungen	5.916	5.916	1.364
davon: börsengehandelte Positionen	800	800	1.364

9 Adressenausfallrisiko Verbriefungen (§ 334 SolvV)

Es bestehen am Bilanzstichtag keine Verbriefungspositionen.

10 Kreditrisikominderungstechniken (§ 336 SolvV)

Die im täglichen Geschäftsbetrieb einer Sparkasse eingegangenen Risiken können durch Kreditrisikominderungstechniken in Form von Sicherheiten oder Aufrechnungsvereinbarungen (Netting) reduziert werden.

Von bilanzwirksamen und außerbilanziellen Aufrechnungsvereinbarungen machen wir keinen Gebrauch.

Die Strategie zur Bewertung und Verwaltung der verwendeten berücksichtigungsfähigen Sicherheiten ist als Teil unserer Kreditrisikostategie in ein übergreifendes Verfahren der Gesamtbanksteuerung eingebunden. Die implementierten Risikosteuerungsprozesse beinhalten eine regelmäßige, vollständige Kreditrisikobeurteilung der besicherten Position einschließlich der Überprüfung der rechtlichen Wirksamkeit und der juristischen Durchsetzbarkeit der hereingenommenen Sicherheiten. Um die laufende juristische Durchsetzbarkeit zu gewährleisten wird in der Regel mit Vertragsstandardisierungen gearbeitet. Für die Bewertung der verwendeten berücksichtigungsfähigen Sicherheiten haben wir die Grundsätze in Arbeitsanweisungen eingeführt. Diese entsprechen den Beleihungsgrundsätzen des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der risikobegrenzenden Maßgaben und Empfehlungen des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Die Verantwortlichkeit für das Sicherheitenmanagement liegt in der Abteilung Kreditmanagement/Marktfolge und umfasst den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung sowie die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken.

Die Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung eines Sicherheiteninstruments zur Kreditrisikominderung trifft die Sparkasse im Kontext ihrer Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostategie. Folgende Hauptarten von Sicherheiten werden für Zwecke der Solvabilitätsverordnung als Sicherheiteninstrumente risikomindernd in Anrechnung gebracht:

a) Gewährleistungen

- Bürgschaften und Garantien
- Bareinlagen bei anderen Kreditinstituten
- an die Sparkasse abgetretene oder verpfändete Lebensversicherungen und Bausparguthaben

Bei den Gewährleistungsgebern für die von der Sparkasse angerechneten Gewährleistungen handelt es sich hauptsächlich um öffentliche Stellen, Zentralregierungen, Regionalregierungen, örtliche Gebietskörperschaften sowie inländische Kreditinstitute und Unternehmen, die über ein externes langfristiges Rating von mindestens A- (S&P) oder A3 (Moody's) verfügen.

Kreditderivate werden von der Sparkasse nicht genutzt.

b) Finanzielle Sicherheiten

- Bareinlagen in der Sparkasse

Innerhalb der von der Sparkasse verwendeten berücksichtigungsfähigen Sicherungsinstrumente sind wir keine Markt- oder Kreditrisikokonzentrationen mit Adressen aus der Sparkassenorganisation eingegangen.

Die Verfahren zur Erkennung und Steuerung potenzieller Konzentrationen sind im Rahmen der Gesamtbanksteuerung integriert. Aufgrund des diversifizierten Kreditportfolios bestehen derzeit keine Konzentrationsrisiken im Bereich der Sicherungsinstrumente.

Die Sparkasse nutzt zur Absicherung von (privaten) Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Die privilegierten Grundpfandrechte werden im Kreditrisikostandardansatz (KSA) als eigenständige Forderungsklasse berücksichtigt und daher nicht als Kreditrisikominderungstechnik nach der Solvabilitätsverordnung behandelt. Die Bewertung der Grundpfandrechte erfolgt gemäß den Anforderungen des § 35 SolV i. V. m. § 20a Abs. 4 bis 8 KWG. Bei der Ermittlung des Sicherheitenwerts werden die Vorgaben der Beleihungsgrundsätze des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Empfehlungen des Ostdeutschen Sparkassenverbandes sowie der BelWertV zu Grunde gelegt.

Für die einzelnen Forderungsklassen ergeben sich auf Basis der Meldedaten zum 31.12.2013 folgende Gesamtbeträge an gesicherten Positionswerten:

Portfolio Angaben in TEUR	Finanzielle Sicherheiten	Garantien u. Kreditderivate
Unternehmen	4.361	34.603
Mengengeschäft	1.192	28.637
überfällige Positionen	100	3.778
gesamt	5.653	67.018

11 Marktrisiko (§ 330 SolvV)

Marktrisiken waren nicht mit Eigenkapital zu unterlegen.

12 Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene (§ 333 SolvV)

Für die Sparkasse relevante Ausprägungen des Zinsänderungsrisikos sind das Zinsspannenrisiko und das Abschreibungsrisiko.

Das Zinsänderungsrisiko wird nach dem Konzept der gleitenden Durchschnitte gemessen und gesteuert. Dabei werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

- Die gleitenden Durchschnitte für das Aktiv- und Passivgeschäft werden gemäß der institutsinternen Ermittlung, die auf den Erfahrungen der Vergangenheit basiert, berücksichtigt.
- Der Basisansatz für die Neugeschäftskonditionen sind die am Markt erzielbaren Margen.
- Die Geschäftsstruktur basiert auf den Annahmen der Mittelfristigen Unternehmensplanung und wird an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst.
- Das Kundenverhalten hinsichtlich vorzeitiger Rückzahlungen im Kundeneinlagen- und Kundenkreditgeschäft wird über strukturelle Anpassungen, die aus der Historie abgeleitet wurden, in die Betrachtung einbezogen.

Zur Ermittlung und Beurteilung der Auswirkungen von Zinsänderungen werden verschiedene Zinsszenarien simuliert (steigende Zinskurve, fallende Zinskurve, steilere Zinskurve, flachere Zinskurve, inverse Zinskurve).

Das Zinsänderungsrisiko wird vierteljährlich gemessen. Hierbei wird eine periodische Bewertung des Risikos vorgenommen. Für weitergehende Ausführungen wird auf den Lagebericht verwiesen.

Darüber hinaus erfolgt regelmäßig die Beurteilung des Zinsänderungsrisikos gemäß Rundschreiben der BaFin 11/2011 (BA). Zum 31.12.2013 ergaben sich folgende Veränderungen des Zinsbuchbarwertes:

Zinsänderungsrisiko gemäß BaFin-RS 11/2011 (BA)		
	+200 Basispunkte	-200 Basispunkte
Veränderung des Zinsbuchbarwertes in TEUR	-12.474	5.939

13 Operationelles Risiko (§ 331 SolvV)

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Strategische Vorgaben zum Management Operationeller Risiken sind Teil der Risikostrategie. Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen Operationelle Risiken auf ein Minimum zu beschränken, sofern die hierfür nötigen Gegenmaßnahmen unter Kosten/Nutzenaspekten sachgerecht sind. Schadensfälle mit einer Schadensfallsumme ab 1 TEUR werden laufend in einer Schadensfalldatenbank erfasst. Regelmäßig erfolgt eine zentrale Analyse der Datenbank. Darüber hinaus wird über eingetretene Schäden i. R. der vierteljährlichen Risikoberichterstattung informiert.

Für die Ermittlung der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für die Operationellen Risiken nutzt die Sparkasse den Basisindikatoransatz.

14 Derivative Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen (§ 326 SolvV)

Es bestehen am Bilanzstichtag keine derivativen Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen.

15 Informationen zum Vergütungssystem nach § 7 Instituts-Vergütungsverordnung (Vergütungsbericht)

15.1 Qualitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 InstitutsVergV

Allgemeine Angaben zum Vergütungssystem

Die Sparkasse Mecklenburg-Schwerin ist tarifgebunden. Aus diesem Grund findet auf die Arbeitsverhältnisse der Sparkassenbeschäftigten der TVöD-Sparkassen Anwendung. 52,7 % der Beschäftigten erhalten eine Vergütung ausschließlich auf dieser tariflichen Basis, alle anderen Beschäftigten haben eine variable Komponente in ihrer Vergütung.

Geschäftsbereiche

Die Sparkasse verfügt über folgende Geschäftsbereiche:

- a) Vertrieb Privatkunden/Firmenkunden
- b) Betrieb und Stab

Ausgestaltung des Vergütungssystems

Im Geschäftsbereich „Vertrieb Privatkunden/Firmenkunden“ können die Beschäftigten neben der Tarifvergütung in untergeordnetem Umfang Prämien aus einem zielorientierten Vergütungssystem erhalten, dessen Ziele aus der Unternehmensstrategie abgeleitet und im Wege eines durchgängigen Prozesses funktionspezifisch bis auf die Ebene der einzelnen Vertriebseinheiten heruntergebrochen sind.



Zusammensetzung der Vergütungen

Die Beschäftigten der Sparkasse erhalten die tarifliche Vergütung nach dem TVöD-Sparkassen.

Ein Teil der Mitarbeiter erhält eine zielorientierte variable Vergütung, für die angemessene Obergrenzen festgelegt wurden.

Vergütungsparameter

Vergütungsparameter sind die quantitativen und qualitativen Bestimmungsfaktoren, anhand derer die Leistung und der Erfolg der Mitarbeiter/innen gemessen werden. Dabei setzt sich der Gesamtzielerreichungsgrad aus Teamzielen zu bilanzwirksamen und zu Verbundgeschäften zusammen.

Diese Ziele sind auf einen langfristigen und nachhaltigen Geschäftserfolg ausgerichtet.

Art und Weise der Gewährung

Die Prämien aus einer zielorientierten übertariflichen Vergütung werden jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres als Einmalzahlung ausbezahlt.

Vergütung der Immobilienberater und Versicherungsspezialisten

Die Immobilienberater und Versicherungsspezialisten erhalten neben einer monatlichen tariflichen Vergütung provisionsabhängige variable Bezüge, deren Höhe von in Nebenabreden getroffenen Vereinbarungen abhängig ist.

Vergütung der Abteilungsleiter

Die Abteilungsleiter können neben der Tarifvergütung in begrenztem Umfang eine variable Zulage erhalten, deren Höhe von qualitativen Bestimmungsfaktoren abhängig ist.

Vorstandsvergütung

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Sparkasse besteht aus einem Grundbetrag, einer Funktionszulage (prozentualer Anteil des Grundbetrages) und einem erfolgsorientierten Anteil.

Einbindung externer Berater

Eine Einbindung externer Berater bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems ist nicht erfolgt.

15.2 Quantitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 InstitutsVergV

Geschäftsbereiche	Gesamtbetrag der festen Vergütungen in TEUR	Gesamtbetrag der variablen Vergütungen in TEUR	Anzahl der Begünstigten der variablen Vergütungen
a) Vertrieb Privat- und Firmenkunden	9.952	447	211
b) Betrieb und Stab	9.342	210	40

Erläuterungen zur tabellarischen Darstellung:

Den Geschäftsbereichen a) und b) ist jeweils ein Vorstandsmitglied zugeordnet. Die daraus resultierenden Gesamtbeträge der festen bzw. variablen Vergütungen je Geschäftsbereich werden daher einschließlich der festen und variablen Vergütungsbestandteile des zuständigen Vorstandsmitglieds dargestellt.

Schwerin, den 27.06.2014

Der Vorstand